



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
18. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**18/319**

A09

25. Oktober 2022  
Seite 1 von 4

Telefon 0211 871-3029  
Telefax 0211 871-3231

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

### Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2022

### Antrag der Fraktion der FDP vom 17.10.2022

„Hambacher Forst 2.0: Erwartet die Landesregierung erneute Gewaltexzesse radikaler Gewalttäterinnen und Gewalttäter rund um Lützerath?“

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags übersende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Hambacher Forst 2.0: Erwartet die Landesregierung erneute Gewaltexzesse radikaler Gewalttäterinnen und Gewalttäter rund um Lützerath?“.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Reul MdL

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 27.10.2022**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Hambacher Forst 2.0: Erwartet die Landesregierung erneute Ge-**  
**waltexzesse radikaler Gewalttäterinnen und Gewalttäter rund um**  
**Lützerath?“**

Antrag der Fraktion der FDP vom 17.10.2022

**Frage 1: Wie schätzt das Innenministerium konkret die Situation und das Gefahrenpotenzial hinsichtlich einer möglichen Räumung des Dorfes Lützerath ein?**

Linksextremisten versuchen immer wieder, innerhalb zivildemokratischer Proteste als „Bündnispartner“ aufzutreten und ihre eigenen Deutungen, politischen Ziele und Handlungsoptionen einzubringen.

Ziel der Extremisten ist es regelmäßig, z.B. über die Thematik des „Klimawandels“, Protestgruppen an Aktionsformen, beispielsweise deklariert als „ziviler Ungehorsam“, heranzuführen, bei denen die Gruppenmitglieder tatsächlich dazu animiert und angeleitet werden sollen, gesetzeswidrige Taktiken, wie Geländebesetzungen oder Blockaden durchzuführen. Diese führen häufig in eine unmittelbare Auseinandersetzung mit der Polizei und dem Rechtsstaat.

Linksextremisten, die im Themenfeld „Klimaschutz“ aktiv sind, bereiten sich insoweit seit geraumer Zeit darauf vor, dass die Ortslage Lützerath geräumt und anschließend abgerissen wird. Die Entwicklung vor Ort und die Solidarisierungsbekundungen im Bundesgebiet werden von den Sicherheitsbehörden fortwährend beobachtet und bewertet. Die nordrhein-westfälische Polizei und der Verfassungsschutz stehen dazu in engem Austausch.

Nach derzeitiger Einschätzung werden etwaige Räumungs- und Abrissmaßnahmen in Lützerath von einem breiten Protestspektrum begleitet.



Ob und in welchem Umfang es im Rahmen dieser Aktionen zu möglicherweise gewalttätigen Protesten kommt, hängt entscheidend davon ab, inwieweit es der Mehrheit aus der tatsächlich um das Klima besorgten bürgerlichen Mitte gelingt, sich von der gewaltbereiten Minderheit aus dem linksextremistischen Spektrum zu distanzieren, der es vor allem um die Verwirklichung ihrer extremistischen Agenda geht. Derzeit gehen die Sicherheitsbehörden davon aus, dass sich die Zahl der in der Ortslage Lützerath aufhältigen Personen in einem unteren dreistelligen Bereich bewegt. Hiervon wird eine untere bis mittlere zweistellige Personenanzahl als potenziell gewaltbereit bewertet.

Aktuell sind Mobilisierungsaufrufe für eine Unterstützung der Besetzerzene vor Ort am „Tag X“ (Tag der Räumung) durch verschiedene zivildemokratische und auch linksextremistisch beeinflusste Akteure im Bundesgebiet und im benachbarten europäischen Ausland feststellbar. Belastbare Prognosen hinsichtlich der Resonanz dieser Aufrufe sind derzeit nicht möglich.

**Frage 2: Wie bereitet sich die Landesregierung konkret auf eine mögliche Räumung, einen größeren Polizeieinsatz und eine mögliche Eskalation mit Blick auf die Ankündigungen radikaler Klimaaktivisten vor?**

Bei derartigen polizeilichen Einsatzlagen nimmt die Polizei zu gegebener Zeit in dem erforderlichen Umfang die notwendigen Planungen auf. Diese sind insbesondere darauf ausgerichtet, friedlichen Protest zu schützen und auf gewalttätige Aktionen konsequent zu reagieren. Das Polizeipräsidium (PP) Aachen trifft die notwendigen polizeilichen Maßnahmen hierzu in eigener Zuständigkeit. Diese hängen maßgeblich von der Beurteilung der Lage ab. Dies ist ein dynamischer Prozess, der regelmäßig entsprechende Anpassungsnotwendigkeiten bedingt.

Konkrete Einsatzkonzeptionen sowie Informationen über Störer unterliegen grundsätzlich der Geheimhaltung, um die Wirksamkeit der polizeilichen Maßnahmen nicht zu gefährden. Ein Bekanntwerden der einsatztaktischen Informationen zur Planung und Durchführung entsprechender polizeilicher Maßnahmen könnte potenzielle Störer in die Lage versetzen,



sich auf polizeiliche Maßnahmen einzustellen, Gegenaktivitäten entsprechend zu planen und letztlich die Einsatzkonzeption der Polizei zu unterlaufen.

Seite 4 von 4

**Frage 3: Ministerin Neubauer hatte sich als Landesvorsitzende der Partei Bündnis90/Die Grünen damals mit Blick auf den Hambacher Forst solidarisch mit der dortigen Besatzung des Waldes gezeigt. In Lützerath ist die Situation identisch. Nun tragen die Grünen Regierungsverantwortung. Wird sich die Landesregierung solidarisch mit den Besatzerinnen und Besatzern zeigen und wenn ja, in welcher Form?**

Mit Schreiben vom 21.10.2022 übermittelte mir das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen folgende Antwort:

*„Die rechtliche Situation für die Ortslage Lützerath war bereits zu Beginn der Gespräche über ein Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030 verbindlich geklärt. RWE besitzt seit März 2022 letztinstanzlich ausgeurteilt das notwendige Recht, den Weiler abzubaggern und das Gebiet bergbaulich in Anspruch zu nehmen. Dies unterscheidet die Situation in Lützerath grundlegend von der Situation im Vorfeld der Räumung des Hambacher Forstes 2018. Die Landesregierung richtet ihr Handeln stets an Recht und Gesetz aus. Dabei wirbt sie für eine größtmögliche Akzeptanz für ihre Entscheidungen und bietet bei Bedarf vielfältige Maßnahmen an, um zu einer Deeskalation beizutragen.“*